



01. Oktober 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

brennende Textilfabriken und Kinderarbeit in Minen sind keine Kavaliersdelikte, sondern Menschenrechtsverletzungen, die sanktioniert werden müssen. Ein vom DGB seit 2016 gefordertes Gesetz zur [Unternehmenshaftung in Lieferketten](#) steht nun konkret in Diskussion und soll zum Jahresende in den Bundestag. Die Stärkung der Mitbestimmung kann hier eine wichtige Rolle spielen: Wenn Beschäftigtenvertreter*innen stärker an Entscheidungen beteiligt werden, können sie sich innerhalb eines Konzerns wirksam für [nachhaltige Unternehmensführung](#) einsetzen. Die EU-Kommission will Anfang 2021 in beiden Bereichen – faire Lieferketten und Mitbestimmung – die Debatte um entsprechende europäische Richtlinien anstoßen. Auch die deutsche Ratspräsidentschaft hat sich vorgenommen, die Unternehmenshaftung in Lieferketten auf europäischer Ebene voranzutreiben.

Eine angenehme Lektüre wünscht
Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender



Europäisches Plädoyer für eine starke Mitbestimmung



DGB/rawpixel/123rf.com

Es bewegt sich etwas in der Europäischen Union: Nach jahrzehntelanger Dominanz des kurzfristigen Denkens beginnt die EU-Kommission derzeit eine Diskussion über nachhaltige Unternehmensführung (Sustainable Corporate Governance). Justizkommissar Didier Reyn- ders will europäische Unternehmen künftig durch einen EU-Rechtsrahmen stärker an Um- welt- und Nachhaltigkeitsziele binden.



[zum Beitrag](#)



Faire Wertschöpfungsketten brauchen Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzungen



lieferkettengesetz.de

Zurzeit ringen drei Minister der Bundesregie- rung um den Inhalt eines Gesetzes, das dafür sorgen soll, dass Menschenrechte in globalen Wertschöpfungsketten von Unternehmen ge- achtet werden. Auf den ersten Blick also eher ein nationales Thema, geht es doch um ein deutsches Gesetz. Doch um globale Lieferket- ten fair zu gestalten, bedarf es auch Sanktio- nen, die nicht an den nationalen Grenzen en- den.



[zum Beitrag](#)



Impressum

Verantwortlich

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand
Europa und Internationales
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon: +49 30.240 60-211, Telefax: +49 30.240 60-324
E-Mail: internationales (at) dgb.de

Verantwortlich

Reiner Hoffmann (Vorsitzender)

Rückfragen an

Andreas Botsch, Abteilungsleiter Europa und Internationales